

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, :: Winterfeldtstraße 24 :: :: Fernsprecher: Amt Lüchow, Nr. 2746/47 :: Redakteur: Emil Dittmer.	Berlin, den 19. September 1919	Erscheint alle vierzehn Tage, Freitags. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mark. :: Fernsprecher: Amt Lüchow, Nr. 2746/47 ::
--	--------------------------------	--

Unsere Sektion auf dem Nürnberger Verbandstag.

In ständiger Anzahl waren die Vertreter der Pflege- und Badepersonals auf unserem Verbandstag vertreten. Von den Kollegen Galling-Quar waren auch zwei besondere Anträge gestellt, und zwar: 1. Die „Sanitätswarte“ sollte als vollständig selbständiges Gewerkschaftsorgan ausgestellt werden. 2. Es möge eine eigene selbständige Sektion gegründet werden.

Beide Anträge erschienen in dieser Form ungewöhnlich und wurden sowohl vom Referenten Maroke als auch von der Taschlerin Marie Friedrich bekämpft. Es erscheint unbedingt notwendig und zweckmäßig, die „Sanitätswarte“ sachlich auszubauen und etwa vom 1. Januar 1920 ab ausschließlich erscheinen zu lassen. Das dürfte auch den Kollegen in Galling-Quar als Ziel etwa vorgeschwebt haben, und wir nehmen an, daß damit ihren berechtigten Wünschen voll Rechnung getragen ist.

Wir brauchen die gewerkschaftliche, sozialistische und kulturelle Erziehungsarbeit, die durch die „Gewerkschaft“ geleistet wird, auch für alle Mitglieder der Pflegersektion, und es erscheint daher unangebracht, sich auf die „Sanitätswarte“ zu beschränken, welche hauptsächlich die fachlichen Berufsfragen behandelt sowie ein Bild vom inneren Organisationsleben der Sektion geben soll. Wollten wir ein ganz selbständiges Gewerkschaftsorgan daraus machen, so müßten wieder die beruflichen Fragen in den Vordergrund treten (aus Raumangel usw.). Damit wäre aber den Kollegen gewiß nicht gedient. So werden auch die Kollegen von Galling-Quar durchaus dem zustimmen können, was Kollege Maroke im Schlußwort sagte: Wir beschränken uns in unserer Sektion nicht auf das Pflegepersonal, sondern auf alle in solchen Anstalten Beschäftigten.

Ähnlich liegt es mit der Selbständigkeit der Sektion. Wir wollen natürlich keinen Verband im Verbands, mit Lehrentscheidungen und sonstigen Sonderinrichtungen, sondern wir wollen einen Ausbau unserer Reichssektion mit regionalen Hilfsgruppen, die in der Hauptsache nur für das Pflege-, Bade- und Anstaltspersonal tätig sind.

Eine größereklärung wird ja auf der Pflegerkonferenz in Jena möglich sein, die etwa Mitte November 1919 in Aussicht genommen ist. Die vorstehenden Anträge sind ja denn auch von den Delegierten von Galling-Quar zurückgezogen worden. Immerhin erschien es uns angebracht, an dieser Stelle noch einmal zum Ausdruck zu bringen, daß alles geschehen soll, was der zweckmäßigen Gestaltung der Sektion dienen kann.

Wir lassen nun den stenographischen Wortlaut der vorgenannten Redner folgen:

Maroke: Ueber dieses Teilmotiv unserer Organisation ist auf unseren früheren Verbandstagen im allgemeinen sehr wenig Erkenntnis herrschend worden. Die Kritiken sind bekannt. Sie waren begründet in der Abgeschlossenheit der Anstalten, in dem Widerstande der Anstaltsleitungen, der Behörden und Körperschaften, nicht zuletzt in der Gleichgültigkeit eines großen Teils des Krankenpflegepersonals selbst. Bis zum Hamburger Verbandstage waren nur 3 1/2 Tausend Mitglieder in dieser Sektion zu zählen. Damals haben wir uns eingehend damit beschäftigt, wie wir diese Bewegung weiter fördern könnten. Es sollte eine neue Propaganda für diese Sektion eintreten. Aber wir sind durch den Krieg in der Ausführung dieser Absichten gehindert worden. Wenn

der Krieg schon im allgemeinen große Verheerungen in den Kreisen unserer Mitglieder angerichtet hat, so trifft das für die Krankenpflegepersonale noch besonders zu. Das Krankenpflegepersonal besteht natürlich in erster Reihe aus jüngeren Leuten, die nahezu reiflos zu den Fronten einberufen wurden. Es hat wirklich schwer gehalten, die Verbindung mit dieser und jener Anstalt noch aufrechtzuerhalten. Erst als der Krieg sich mehr seinem Ende näherte, trat eine leise Besserung in dieser Beziehung ein. Aber der Krieg mit allen seinen Schrecken, mit allen seinen Leiden und Erfahrungen hat in dieser Berufsgruppe, die seither hinter allen anderen Berufsgruppen zurückstand, außerordentlich vorteilhaft gewirkt nach der Richtung, daß man auch bei diesen Personen, mehr als es vielleicht eine zehnjährige Agitation hätte vollbringen können, zu der Erkenntnis der Notwendigkeit der Selbsthilfe gelangt ist. Als dann die Umwälzung am 9. November 1918 einsetzte, als alle Schranken und Hindernisse, die bis dahin auf diesem Gebiete bestanden, hinweggeräumt waren, setzte auch dort neues Leben ein. In allen Teilen Deutschlands begann man sich in dieser Berufsgruppe zu regen, und es war ein Zustand neuer Mitglieder zu verzeichnen, der uns auf eine Höhe brachte, die wir uns früher nie hätten träumen lassen. Der Verbandsvorstand und die Sektionsleitung, die ich wieder übernahm, als ich vom Militär entlassen war, taten alles, um diese günstige Situation auszunutzen. Wir bauten auf früheren Pflegerkonferenzen programmatische Forderungen aufgestellt zur Hebung und Verbesserung der Lage des Krankenpflegepersonals. Mit dem Tage der Umwälzung waren viele Dinge, auf die wir früher besonders Gewicht legten, zum Teil überlebt. Wir mußten eine neue Form finden, neue Richtlinien aufstellen, um der Bewegung des Krankenpflegepersonals eine feste Basis zu geben, und wir versuchten, das alte Programm den neuen Verhältnissen anzupassen. Wir stellten es in zwei Teilen auf, einerseits Forderungen an die Arbeitgeber, zweitens an die Beschäftigten. Das Programm wurde in mehreren Tausend Exemplaren gedruckt und den Sitzsitzungen, den Versammlungen und als Richtschnur für ihr zukünftiges Arbeiten zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wurde weiter belebt durch ein Flugblatt, nach welchem eine sehr große Nachfrage entstand, so daß bei der ersten Auflage von 30 000 Stück eine weitere in eben dieser Höhe folgen lassen mußten, und noch heute ist nach diesem Flugblatt Nachfrage. Darüber hinaus haben wir auch die Sitzsitzungen, insbesondere die Gauleiter auf der letzten Gauleiterkonferenz besonders auf die Wichtigkeit der Bewegung des Krankenpflegepersonals hingewiesen und ihnen dringend zur Pflicht gemacht, noch mehr als bisher dieser Berufsgruppe ihr Augenmerk zu widmen. Die Erfolge dieser unserer Tätigkeit zeigten sich denn auch sehr bald. Sie können das am besten erkennen an der Auflage der „Sanitätswarte“. Am Schlusse des Jahres 1918 erschien die „Sanitätswarte“ in 9000 Exemplaren, immerhin schon eine Leistung gegenüber der Vorkriegszeit. Die Nummer 5 der „Sanitätswarte“ hatte bereits eine Auflage von 19 000 Exemplaren, die Nummer 10 von 22 000 Exemplaren, Nummer 15 von 32 000 und die letzte Nummer 18 hatte eine Auflage von 37 000 Exemplaren. Die Mitgliederzahl der Krankenpflegepersonale ist in keinem anderen dieser Auflagenhöhen gestiegen. Sie dürfte jetzt etwa 35 000 betragen.

Denn in Sand damit ging eine erfreuliche Ausdehnung der Bewegung in die Breite herauf, daß wir alle Gebiete der Krankenpflege nunmehr erreicht haben. Erst jetzt ist uns eigentlich offensichtlich geworden, mit welchem großen Gebiete wir es ja tun haben. Wir haben in der Krankenpflege ungefähr 10 große Gebiete. Die Krankenpflegeanstalten weisen die verschiedenste Zugehörigkeit auf: eifers die jüdischen Anstalten, Krankenhäuser, Seehäuser,

Kodestellen usw. Daneben eine große Anzahl Krankenhäuser in den Kreisen, darüber hinaus die Provinzialanstalten, die vielleicht das Hauptkontingent der Beschäftigten in der Krankenpflege überhaupt stellen. Allein die Provinz Brandenburg hat über ein Dutzend große Anstalten, in deren jeder mindestens 100, 150 bis 200 Beschäftigte sind. Daneben kommen die staatlichen Anstalten in Frage, die Jena und Göttingen in den einzelnen Bundesstaaten, wie Coblenz, Paderborn, Württemberg, Osnabrück usw. Außerdem kommen die Kliniken der preussischen Universitäten, ebenso der Universitäten der einzelnen Bundesstaaten in Betracht. Ein ganz neues Gebiet sind die Militär Lazarets, deren Beschäftigte jetzt ebenfalls zum erheblichen Teil unserer Organisation angehören. Dann die Heilstätten der verschiedenen Veranstellungen der Krankenkassen usw., die Anstalten für die Vergelegenheiten, ferner die Anstalten des Roten Kreuzes, die im ganzen Lande verstreut liegen, und dann eine ganze Anzahl Wohltätigkeitsvereine, private gemeinnützige Vereine, und letzten Endes eine Menge privater Krankenanstalten, Sanatorien, Heil- und Pflegeanstalten, Heilanstalten usw.

Daraus ergibt sich, welch ungeheures Gebiet hier zu bearbeiten ist. Es mögen etwa 100.000 bis 150.000 Beschäftigte in der Krankenpflege in Deutschland gegenwärtig vorhanden sein. Durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen hat ja die Krankenpflege ungeheure Ausdehnung erfahren, so daß wir also noch lange nicht am Ende der Entwicklung in der Sektion angelangt sind. Damit ist natürlich auch ein ganz neuer Reizungsanstoß für das Wirken der Sektion geschaffen. Das zeigt sich darin, daß überall Lohnbewegungen einsetzen mit dem Ziel der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Krankenanstalten. Eine gute Unterlage dafür bildete das schon erwähnte neue Programm. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, weil noch im Laufe dieses Jahres eine Reichskonferenz für das Krankenpflegepersonal stattfinden wird. Die Gelegenheit haben wird, sich eingehend mit allen Spezialfragen dieses Berufs zu beschäftigen. Die Erfolge der Organisation auf diesem Gebiete sind auch sehr erfreulich. Wir haben bis zum Jahresende etwa 60 Tarife für das Krankenpflegepersonal abgeschlossen. Davon etwa die Hälfte Tarife für die staatlichen Anstalten und die übrige Hälfte sind Tarife in den verschiedenen Anstalten, auch in den staatlichen. Bereits für ganze Landesteile sind wir zur tariflichen Regelung gekommen. Es ist auch dabei nicht immer ohne ernste Konflikte abgegangen, denn wenn irgendwo die Rückständigkeit und Reaktion stark, dann gerade in den abgeschlossenen Krankenanstalten in der Provinz Pommern, die mit hohen Rängen umgeben waren, wo niemand wollte, was darin vorging und aus denen nur selten etwas herauskam. Vorgeht es zu Arbeitsmängelungen gekommen, so in der Heilanstalt Brandenburg bei Döbeln, in Breslau und anderen Orten sind sie noch mit knapper Not verhindert worden. Manchmal ist es etwas sehr lebhaft und laut abgegangen, und es hat sich gezeigt, daß das Krankenpflegepersonal von einem besonders energiegelassen Willen, vorwärts zu streben, erfüllt worden ist. Das ist auch insbesondere ersichtlich. Handelt es sich doch um einen Beruf, der jahrelang unentwickelt, schlecht behandelt, man kann behaupten sagen, mißachtet worden ist. Die Kräfte sind jetzt plötzlich frei geworden und drängen etwas unstill nach vorwärts. Man war auch gerade seitens der Anstaltsleitungen selbst in neuerer Zeit bestrebt, dem Krankenpflegepersonal die Ermöglichtungen der Gegenwart vormenthalten. Das trat besonders deutlich in die Erscheinung, bei der Frage der Arbeitszeit. Der Arbeitsvertrag sollte auf das Krankenpflegepersonal keine Anwendung finden, und wir machten bei der Regierung schon ein ganz entscheidendes Wort einzulegen, um der Verordnung vom 23. November 1918 auch für das Personal Anwendung zu verweigern. Obwohl eine solche Entscheidung beim Demobilisationsamt und beim Reichsarbeitsministerium erwirkt worden ist, weigerten sich die Anstaltsleitungen und besonders die Provinzialanstalten, den Arbeitsvertrag für das Krankenpflegepersonal zur Einführung zu bringen. Es wird auch da, wenn es nicht anders geht, noch ein energisches Wort geredet werden müssen. (Sehr richtig!) Wir haben bei den wiederholten Verhandlungen mit den Ministereien auch erwirkt, daß uns zugesagt wurde, daß in aller Kürze ein besonderes Gesetz für das Krankenpflegepersonal bezüglich der arbeitsrechtlichen Bestimmungen kommen werde. Der Gesetzentwurf ist bereits fertiggestellt und unterliegt gegenwärtig der Prüfung durch die einzelnen Bundesregierungen. Wir ist gesagt worden, daß noch im Laufe des September eine allgemeine Konferenz aller Interessenten im Reichsarbeitsministerium stattfinden soll, zu der auch wir als wirtschaftliche Vertretung des Krankenpflegepersonals hinzuzuziehen werden sollen. Wir werden dabei die Möglichkeit haben, die Interessen des Krankenpflegepersonals mit allem Nachdruck wahrzunehmen. Sind wir doch berechtigt, im Namen von 35.000 Beschäftigten der Krankenpflege zu sprechen. Das ist ein moralisches Gewicht, das seine Wirkung nicht verfehlen wird, wenn es mit Geduld und Nachdruck angewandt wird. Wir werden weiter alles tun, um diese bisher so langsam vorantreibende und soviel versprechende Bewegung zu fördern. Allerdings wird das mit dem besten Erfolge nur dann geschehen können, wenn unser ganzes auch die gebührende Unterstützung seitens der Kollegen und Kolleginnen draußen im Lande erfährt und wenn alle Verbandsfunktionäre dabei nach Kräften

mitwirken. Gerade die gegenwärtige günstige Situation müssen wir reiflich ausnützen. Im gegenwärtigen Augenblick ist für die Organisationen im Deutschen Reich die Energie die Grenzen. Die Grenzen sind besetzt. Jeder einzelne kann sich frei ausleben. (Cholera! Zuruf: Eine ganze Partei wird unterdrückt!) Wir haben es ja hier mit keiner Partei zu tun, der Führer darf nicht so ganz deplatziert sein, sondern es dreht sich hier um die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des Krankenpflegepersonals und man sollte diese rein wirtschaftlichen Fragen durch keinerlei Parteibeine betrachten, sonst kommt man zu falschen Schlüssen. (Sehr richtig!) Also ich wiederhole: Es kann sich nach dieser Richtung jeder betätigen, Schranken seitens der Staatsautorität stehen uns heute nicht im Wege. (Zuruf: Tod!) Wenn hier und da unseren Kollegen und Kolleginnen in den Anstalten Schwierigkeiten gemacht werden, dann sind das justiziäre Organe, die noch glauben, im alten Trott weitergehen zu können. Es kommt oftmals sehr viel darauf an, wie die Funktionen, die Arbeiterausschüsse usw. sich stellen, und mit welchem Geschick und mit welcher Energie sie solche Hebergänge und Beförderungen zurückweisen. Wir haben es bei dem Krankenpflegepersonal gesehen und gehen noch mit einer sehr jungen ungeschulten Bewegung zu tun, hier muß die jahrelange Organisationsarbeit, die wir im ganzen geleistet haben, erst nachgeholt werden. Gewiß wird es hier unter den neuen Verhältnissen wesentlich schneller gehen. Aber es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Kollegen selbst überall solche Hebergänge subalterner Organe mit der nötigen Energie und dem nötigen Geschick zurückweisen. Also die Bewegung muß mit allen Mitteln gefördert werden, um dem Krankenpflegepersonal die Gleichstellung mit allen anderen Berufen in wirtschaftlichen Leben zu erkämpfen. Der Reichskonferenz für das Pflegepersonal wird die Aufgabe anfallen, unsere Forderungen an die Arbeitgeber und an die Gesetzgebung erneut zu prüfen und eventuell neu zu formulieren, wenn dem Krankenpflegepersonal die ihm zukommende Stellung im öffentlichen Leben zu verfallen. Der Verbandsvorstand hat weiter einen ganz erheblichen Ausbau der organisatorischen Struktur der Sektion ins Auge gefaßt. Es liegen dazu ja verschiedene Anträge vor. Die Sektionsleitung soll mehr von den anderen allgemeinen Organisationsarbeiten entlastet werden. Die Sektion mit circa 35.000 Mitgliedern entspricht schon der Größe einer mittleren Organisation und es bedarf, da es sich um ein Spezialgebiet handelt, besonderer Kräfte, um hier all das herauszufinden, was nötig ist. Es sollen Kräfte eingesetzt werden im Gebiet von Bezirksleitern und so weiter, deren Hauptaufgabe es ist, speziell die Aktion im Krankenpflegepersonal zu führen. Es wird weiter auch der Ausbau der „Sanitätswarte“ erfolgen müssen. Diese wird allmählich erwidern und der Inhalt wird ausgebaut werden müssen, dergestalt, daß die „Sanitätswarte“ ein gutes Fach- und auch ein gutes Verbandsorgan zugleich ist. Also die Sektion hat sich unter der neuen Zeit sehr gut entwickelt. Es ist uns gelungen, eine ganze Reihe Verbesserungen grundlegenden Art zu erreichen. Die Sektion ist aber noch lange nicht am Ende der Entwicklung angelangt. Unsere Aufgabe ist es, die Wege zu finden, um die Entwicklung weiter nach Straten fördern zu können. Ich bitte, daß der Verbandstag die bereits getroffenen und zu erhaltenden Maßnahmen prüft, damit es uns möglich ist, die Sektion organisch auf die Höhe zu bringen und damit zu wirken. Das enthält der Jahrsbericht, wonach gerade die Verbesserung, deren Aufgabe es ist, den lebendigen Teil der Sektion zu helfen, nicht länger aufzuhalten sollte ist gegenüber den anderen Berufen. Man gleiche Stellung zu verschaffen, muß unsere Aufgabe sein. (Beifall!)

Marie Friederich-Pepper: Ich will mich auch noch an dem Richtungsstreit beteiligen, der mehr politischer als gar wirtschaftlicher Natur ist. Dann kann ich mich Winter und Schul angeschlossen. Den Vorsitzenden von Marie für das Krankenpflegepersonal kann ich nur zustimmen. Die Tätigkeit des Hauptvorstandes hat uns bei der Arbeit für diese Kollegen und Kolleginnen sehr gute Dienste geleistet. Die Durchführungen der arbeitsrechtlichen Forderungen war besonders schwierig in den Provinzialanstalten. Diese können durch die Kräfte des Reiches durchzuführen zu können. Erst jetzt ist es uns in Berlin durch Abschluß des Tarifvertrags mit dem privaten Krankenanstalt in erkennen, die arbeitsrechtliche Arbeit dort durchzuführen. Leider bemerkte von Dresden, daß ein Teil des weiblichen Personals sich gegen die Durchführung der arbeitsrechtlichen Forderungen ausgesprochen habe. Wir haben auch die Erfahrungen in einzelnen Berliner Betrieben machen können. In einer Weise waren es die Krankenhäuser, die das weibliche Personal in dieser Richtung beeinflusst haben. Aber nachdem wir heute in den höchsten Anstalten überall die arbeitsrechtliche Arbeit haben, haben selbst die Schwestern eingeschlossen, daß sie da nicht den richtigen Standpunkt einnehmen haben und beantragen jetzt auch für sich die arbeitsrechtliche Arbeit durchzuführen. Den Vorstand, für die Aktion in den Krankenpflegeanstalten besondere Kräfte einzustellen, haben wir in Berlin schon in die Tat umgesetzt. Wir haben eine besondere Sektion für die Krankenpflegeanstalten, deren Leiterin ich bin. Aber bei der Fülle von Mitgliedern — in Berlin rund 7000 — dieser Sektion ist es gar nicht möglich, daß eine Arbeitskraft alle diese Arbeiten bewältigt. Wenn die Wahlen zu der geplanten Konferenz für das Krankenpflegepersonal in

diesem Jahre stattfinden, bitte ich Sie, bei der Delegation die Frauen nicht zu vergessen. Es ist ja heute hier genau so wie auf dem Gewerkschaftskongress. Ich bin hier mit noch einer Kollegin, während wir 50.000 weibliche Mitglieder haben. Da ist die Zahl von zwei weiblichen Vertretern etwas mehr als wenig. (Sehr wahr!) Zu dem Antrag der Filiale Göttingen, die „Sanitätskarte“ zu einem vollständigen selbständigen Gewerkschaftsorgan auszugestalten, haben die Antragsteller leider noch nicht das Wort genommen. Ich verstehe den Antrag nicht und mag ihn jedenfalls für unsere Verhältnisse ablehnen. Es geht nicht an, daß wir in unserer Organisation gewissermaßen zwei Organe nebeneinander haben. (Tittmer: Sehr wahr!) Die „Sanitätskarte“ soll doch in erster Linie Hausorgan sein und die „Gewerkschaft“ ein Organ zur gewerkschaftlichen Erziehung und Bildung. (Sehr richtig!) Außerdem gilt es in den Krankenpflegeanstalten nicht nur Sanitätspersonal, sondern auch Hausangestellte, Handwerker, Heizer usw., und so würden wir immer in Schwierigkeiten kommen bei der Entscheidung darüber, wem die „Gewerkschaft“ oder wem die „Sanitätskarte“ in die Hand gegeben werden soll. Dieselbe Zahlstelle beantragt, eine eigene selbständige Sektion für das Personal der Heim- und Pflegeanstalten, Krankenhäuser usw. zu wählen. Auch dieser Antrag betreffend mich einigermassen. Wir haben in Berlin für das Kranken- und Pflegepersonal ganz wesentliche Vorteile herausgeholt. Ich erinnere daran, daß wir schon lange bevor das Gesetz über den Achtstundentag herauskam, für diese Forderung gewirkt haben und auch die Anerkennung im Prinzip für die Krankenanstalten durchsetzen konnten. Ich erinnere ferner an die Gewährleistung der persönlichen Freiheit, an den Einheitslohn, an die einheitliche Entlohnung, die wir gerade bei den letzten Tarifverhandlungen durchgesetzt haben. Aber das war uns nur möglich (Tittmer: Richtig), weil eine einheitliche Organisation der gesamten häuslichen und städtischen Arbeiter bestand. Nehmen Sie das Krankenpersonal aus dem Rahmen der gesamten städtischen Arbeiter heraus, dann wird es mit den Erfolgen auf diesem Gebiete nicht mehr so aussehen wie bisher. (Sehr wahr!) Wir haben es nur unter härtesten Kämpfen durchsetzen können, drei Gruppen für die Entlohnung zu schaffen, die eine für die Arbeiterschaft in verschiedenen Betrieben, die anderen für die Krankenpflegeanstalten und die dritte für die Bureaukräfte. Es ist ein ewiger Kampfpfosten gewesen, zu welcher Gruppe das Personal gehört. Aber das Personal der Krankenpflegeanstalten hat es selbstverständlich als Zurücksetzung angesehen, daß man dieses Personal lediglich, weil es in den Anstalten arbeitet, bei der Entlohnung zurücksetzt hat. Da wir soweit gegangen, daß selbst die Landarbeiter usw., die mit dem Krankenpflegepersonal nur in bis zu tun haben, schlechter entlohnt sind, nur weil sie im Krankenhaus beschäftigt waren. Wenn es uns jetzt bei den neuen Verhandlungen gelingen ist, eine einheitliche Lohnabelle für ganz Berlin festzusetzen und das ganze Personal der Krankenanstalten einzureihen, dann war das eben nur möglich, weil die Gesamtheit der städtischen Arbeiterschaft

hinter diesem Personal stand. (Sehr richtig!) Wenn das nicht mehr der Fall ist, wenn wieder eine Verplitterung erfolgt, dann liegt das nicht im Interesse der Kollegenschaft in den Krankenpflegeanstalten, sondern dann arbeiten wir lediglich im Interesse der Gewerkschaftsleitungen, die wir doch immer noch als unsere Gegner betrachten. Daher bitte ich, auch diesen Antrag abzulehnen.

Dann möchte ich auf etwas hinweisen, was dazu angetan ist, den Krankenpflegerberuf auf eine höhere Stufe zu stellen und das ungelernete Personal aus ihm zu entfernen. Es soll in Berlin in Zukunft das gesamte Personal, das im Pflegedienst tätig ist, einen Ausbildungsstatus durchzumachen haben. Gerade bei der Durchsetzung dieser Bestimmung hat Tittmer sein möglichstes geleistet. Auch das haben wir nur durchsetzen können, weil die Gesamtheit der Arbeiter zusammengearbeitet hat. — Dann noch zur Organisation der Schwestern. Es bestehen da jetzt große Reibungen zwischen dem männlichen Pflegepersonal und den Schwestern. Wir müssen versuchen, den Abgrund, der zwischen beiden noch besteht, zu überbrücken. (Sehr richtig!) Denn dadurch, daß jetzt das gesamte Personal ausgetrennt wird, werden die Pflegerinnen, die heute in unserer Organisation Mitglieder sind, nach Abschluß des Studiums zu Schwestern, und da können wir unmöglich zugeben, daß sie dann unserer Organisation unten werden. Gerade die Schwestern haben ja jetzt ein lebhaftes Bedürfnis für die Organisation gezeigt. Es ist eine neue Organisation, die Wirtschaftliche Vereinigung der Krankenpflegerinnen, gegründet worden, und es sind verschiedene Organisationen bemüht, die Schwestern unter ihre Fittige zu nehmen. In Berlin hat sogar der Verband der Bureauangestellten es fertig gebracht, die Schwestern zu organisieren. Dagegen anzukämpfen fällt uns deshalb besonders schwer, weil ein Teil des Personals in den Krankenanstalten sich den Schwestern gegenüber feindlich gegenüberstellt. Wir müssen demgegenüber einschreiten, wenn uns nicht die Schwestern, die aus den jetzigen Pflegerinnen hervorgehen, verlorengehen sollen.

Dann noch eins. Es besteht eine sehr erhebliche Differenz zwischen den Löhnen des männlichen und weiblichen Personals. Das fällt besonders deshalb auf, weil wir jetzt in Berlin den Modus eingeführt haben, daß das Pflegepersonal nicht mehr wie bisher neben der Entlohnung Kost und Logis bekommt, sondern einen bestimmten Betrag für Kost und Logis und Kleidung zu zahlen hat. Ein weibliches Wesen hat doch genau dieselben Kosten für Wohnung, Verpflegung und Kleidung zu tragen, und daher können wir um so weniger zugeben, daß die Differenz bei den Löhnen weiter besteht wie bisher. In Berlin ist jetzt der Anfangslohn für einen Pfleger 459 Mk., für die Pflegerin 229 Mk., während beide dieselben Beträge an die städtische Verwaltung für Kost, Wohnung und Kleidung abzuführen haben und auch genau das, was zu leisten haben. Die Differenz ist daher ganz un begründet, und ich bitte, daß die Kollegen in Zukunft alles daran setzen, daß dieser Unterschied überbrückt wird. (Lebhafter Beifall.)

Ärztliches Hilfspersonal und ärztliche Kunst.

Man ist allerorts bestrebt, die Menschen in ihren Berufen zu bilden und möglichst auf eine hohe Stufe zu bringen. Aber mit Worten über Medizin zu sprechen, ist für den Arzt sehr schwer. So wie heute war es aber nicht immer gewesen. Die Krüäter der Medizin waren feinerzeit anderer Auffassung. Celsus beispielsweise gab populäre Schriften heraus, welche ganz besonders für den Laien bestimmt waren und diesen mit der Art der verschiedenen Krankheiten bekanntmachten. Diese alten Hippokratiker hatten den feinen Willen, ihre Hilfspersonen einen Blick in die Heilwissenschaft tun zu lassen. Man sagt, der griechische Arzt konnte sich zu den Griechen über seine Kunst ausdrücken, weil beide eine gemeinsame Art philosophischen Denkens verband. Sollte das der Arzt von heute dem ärztlichen Hilfspersonal gegenüber nicht können? Der Römer konnte die Grundzüge der Heilkunde wie die der Landwirtschaft und Kriegskunst, weil er ein aufwändiges Interesse dafür hatte. Dieser Drang nach Wissen ist auch bei dem heutigen Hilfspersonal zu finden.

Nun sagt man, in unserer Zeit ist die Aussprache des Arztes lächerlicher. Aber das Interesse des Publikums für medizinische Dinge ist sehr groß und noch größer das des Krankenpflegerpersonals. Man darf annehmen, daß es kaum größer gewesen sein kann als in unseren Tagen. In vielen Herzen lebt die Hoffnung, daß die Ärzte bald auch hier ihr Wissen und Können in den Dienst ihrer näheren Umgebung stellen und dem Hilfspersonal das sind, was sie sein sollen, ein guter Lehrer. Diese Hoffnung äußert sich in einem dauernden Gespanntheit der Hilfspersonale auf jede neue ärztliche Erfindung auf dem gesamten Gebiet der Medizin. Denn auch sie haben ein großes Bedürfnis nach dem Wissen des urfächlichen Zusammenhangs der Krankheiten.

Wissen — welch kostbares Gut ist es für den Menschen! Mit ihm bereichert sich das Hilfspersonal selbst und beglückt dadurch im Erfolg die Welt. Es ist somit ein Edelpreis für ernste fortgesetzte Ausbildung in der Heilkunst und dem Wissen.

Die Ärzte verhalten sich dem Bedürfnis der Hilfspersonen gegenüber zum größten Teil ablehnend. Dieses Verhalten hat seinen Ursprung in der Absicht des Nichtwissens. Die Ärzte haben das Gefühl, daß das Verhältnis von Arzt zum Hilfspersonal auf nichts anderes gegründet sein dürfte als auf Gehorsam und Vertrauen, daß der Arzt seinem Gehilfen nicht Rechenschaft schuldig sei über das, was er tut. Es ist auch möglich, daß viele Ärzte denken, die ärztliche Kunst würde durch den besseren Einblick ihrer Gehilfen an Ansehen verlieren, oder gar zum Kurzsprechen zurückgehen und daß es deshalb wohl im ganzen besser sei, wenn die Krankenpflegerpersonen weiter dem Wesen der Heilwissenschaft gegenüber so verständnislos bleiben, wie dies vor Jahrhunderten war. Aber welchen Nutzen hat der Arzt durch ein in allen Sparten der ärztlichen Kunst ausgebildetes Hilfspersonal? Es wird dadurch das Vertrauen des Patienten zum Arzt gewaltig gehoben und das ärztliche Vorkommen in ein viel besseres Licht gerückt. Wenn dem Kranken wirklich eine Kraft hilft, der er sich hingibt, ohne sie zu verstehen, eine geheimnisvolle Kraft besonders zugute kommt, so muß der Arzt seinem Gehilfen gegenüber noch viel offener sein, als es bis jetzt geschah. Sieht doch die Hilfsperson in einem anderen Verhältnis zum Arzt als der Patient, und das wird häufig von jungen Ärzten und besonders in Krankenanstalten nicht erkannt. Erkennt auch die Hilfsperson die geheimnisvolle ärztliche Kunst dem Kranken gegenüber voll und ganz an, so sucht sie doch ständig selbst durch die Verbilligung zu sehen, da

Schleier des Geheimnisses zu lüften und ist jedem dankbar, der ihr in dieser Forscherthätigkeit hilft. Hier ist die Wurzel des Uebels, die Geburtsstätte des Kurpfuschertums.

Es ist nicht richtig, aus der Kunst der medizinischen Wissenschaft eine Geheimkunst zu machen. Die Aerzte und ihre Gehilfen haben es nicht nötig, zum Schaden des kranken Menschen geheim zu einander zu tun. Heute ist es an der Zeit, mit dieser Geheimnisträumerei aufzuräumen. Ein besseres Verhältnis muß Platz greifen. Der Arzt darf kein anderes Ziel — bei der weiteren Ausbildung seines Gehilfen — im Auge haben, als das Bild über Kranksein und Gesundwerden in ein Licht zu rücken, das es zur Erkenntnis des wahren Wichtigen führt. Der Arzt kann seinen Gehilfen durch offenes Wesen zu dem ergreifen, was er sein soll, zum Mitarbeiter beim Aufbau der zerstörten Gesundheit. Bei solchen Zielen des Arztes und dem dadurch nicht ausbleibenden Erfolg wächst der gute Wille seines Gehilfen und wird immer vollkommener in seiner Hilfeleistung. Der Arzt wird dann so reichlich gelobt, er erntet Freude und Hoffnung sowie ein viel größeres Vertrauen seiner Patienten. Wenn die alten Griechen dieses verstanden und zum Wohl der Menschheit ausnutzten, dann muß das auch bei uns, wo wir doch ein Kulturvolk sind, auch möglich sein, dann brauchen wir nicht hinter ihnen zurückzubleiben.

Kein Arzt wird den Versuch, zu einem nützlichen Ziel zu kommen, umsonst machen, denn der Hauptgewinn dabei fällt doch wieder auf ihn selbst zurück. Heute genügt es nicht mehr, daß die Pflegeperson weiß, man macht einen Verband, um die Wunde vor Schmutz zu schützen, sondern daß der Verband auch noch einen anderen Zweck hat. Das kann nur geschehen, indem sich die Krankenpflegepersonen durch den Arzt zunächst den Grundbegriffen der Heilkunde zuwenden, somit die ärztlichen Gehilfen dem Arzt und seiner Kunst zugänglich sind. J. C. Ranker.

Zur Eingabe an das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung.

In den Monaten Mai und Juni d. J. haben im Kultusministerium in Berlin mehrere Verhandlungen stattgefunden, in welchen für das Personal der Krankenanstalten und sonstigen Institute sämtlicher preussischer Universitäten neue Lohnordnungen vereinbart wurden, die seinerzeit in der „Sanitätskarte“ Abdruck fanden. Bei den Verhandlungen wurde vom Ministerium besonderes Gewicht gelegt auf eine Bestimmung, wonach die Lohnangehörigen mit ihren Gesamtbezügen nicht über die der Unterbeamten hinauskommen dürfen. In der Tat sind auch in fast sämtlichen Universitätsorten Lohnangehörigen die in der Lohnordnung vorgezeichneten Löhne gekürzt worden, weil Unterbeamte mit ihren Bezügen noch darunter blieben, obwohl die für die einzelnen Orte vorgezeichneten Lohnsätze im allgemeinen als minimal bezeichnet werden müssen. Daraus haben sich eine Reihe Unzuträglichkeiten ergeben und der Wert der getroffenen Vereinbarungen hat dadurch erheblich gelitten. Die meisten Lohnangehörigen, obwohl sie zumeist an sehr verant-

wortungsvollen Stellen stehen, bleiben mit ihrem Einkommen erheblich hinter dem der Unterbeamten zurück. Dit befinden sich sogar Lohnangehörige und Unterbeamte in gleicher Stellung, ohne auch im Lohn gleichgestellt zu sein. Wo aber ein Lohnangehöriger durch die neue Lohnordnung einmal besser stehen würde als ein Unterbeamter, werden ihm seine Bezüge einfach gekürzt.

Die Lohnangehörigen der Universitätskliniken und anderen Institute sagen daher mit Recht, daß die den Beamten in Aussicht gestellte einmalige Wirtschaftsbefähigung auch ihnen gewährt werden muß. Die Sektionsleitung hat daher den allseitigen Wünschen entsprochen und am 29. August folgende Eingabe an das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gerichtet, von der wir hoffen, daß sie Berücksichtigung findet:

Von dem Personal der Universitätskliniken und Institute ist mehrseitig das Verlangen an uns gerichtet worden, beim Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung dahin vorstellig zu werden, daß die den Beamten und Unterbeamten in Aussicht gestellte einmalige Wirtschaftsbefähigung auch den Lohnempfängern der staatlichen Betriebe und Anstalten gewährt werden soll. Zur Begründung wird ferner des in Betracht kommenden Personals angeführt, daß die Lohnempfänger in den Staatsbetrieben ebensowenig in der Lage waren als die Beamten, bei den derzeitigen Löhnen irgendwelche Anschaffungen im Haushalt, die aber dringend notwendig geworden sind, zu bestreiten und die Notlage bei ihnen noch größer ist, da die meisten Lohnempfänger in den Staatsbetrieben mit ihrem Einkommen noch erheblich unter dem der Unterbeamten zurückbleiben. Nebenbei ist durch eine einschneidende Bestimmung, die für alle Staatsbetriebe Geltung hat, verhindert worden, daß das Einkommen eines Lohnempfängers des eines Unterbeamten übersteigt. Die für die Gewährung der einmaligen Wirtschaftsbefähigung an die Beamten geltend gemachten Gründe sprechen daher in diesem, wenn nicht höherem Maße dafür, daß auch den Lohnempfängern die Wirtschaftsbefähigung in gleicher Höhe gewährt wird.

Nach Lage der Verhältnisse sieht sich die unterzeichnete Organisation als die wirtschaftliche Vertretung des obenbezeichneten Personals veranlaßt, der von diesem gegebenen Vorwand anzuhängen und das Ministerium zu ersuchen, dafür einzutreten, daß auch den Lohnempfängern die einmalige Wirtschaftsbefähigung zur Auszahlung gelangt. Hochachtungsvoll
(Stempel) gez. H. Karole.

Die freien Gewerkschaften in den christlichen Krankenhäusern.

Allmählich zieht der Geist der Neuzeit auch in die sogenannten christlichen Häuser ein. Das Personal dieser Häuser ist gleichfalls zu der richtigen Erkenntnis gelangt, daß nur durch engen Zusammenhalt in einer freien Gewerkschaft die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse verbessert werden kann. Den Verwaltungen ist diese Tatsache ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln suchen die Leitungen dieser frommen Institute im Verein mit einigen fanatischen Glaubensbekennern den freigewerkschaftlichen Mitgliedern die Lust zur Arbeit zu vereiteln. Einige drastische Beispiele aus dem Diakonissenhaus „Bethanien“ mögen der Öffentlichkeit bekannt

„Pflegerin“ oder „Schwester“.

Welches ist der richtige Berufsname einer weiblichen Person, welche Kranke pflegt, Krankenschwester oder Krankenpflegerin? In früheren Zeiten, als es noch Heilige auf der Welt gegeben hat, haben diese sich der kranken Menschheit gewidmet. Viele haben durch Wunder Kranke geheilt, viele durch Pflege und Aufopferung. Haben wir doch nachstehend einige Beispiele, aus was die Pflege und Aufopferung bestanden hat.

Die fromme Gräfin Sibylla, die Tochter des Königs Salvo von Jerusalem, wurde im Jahre 1131 mit Theodorich Grafen von Flandern verheiratet. Als Theodorich 1156 zum dritten Male nach Jerusalem zog, nahm er seine Gemahlin mit dahin. Während ihr Gemahl zugleich am Kampfe gegen die Ungläubigen teilnahm, begab sie sich zu den St. Lazarus-Klosterfrauen und diente in dem Hospital den Armen und Ausgestoßenen mit wunderbarer Geduld und Heberwindung. Sie wusch und reinigte die Aussätzigen und anderen Kranken mit eigenen Händen und spielte sich in der Pflege der Kranken auf.

Nachdem der heilige Rochus seine väterliche Erbschaft unter die Armen verteilt hatte, machte er sich heimlich auf, um als Bettler und Pfleger nach Rom zu reisen. Auf der Reise kam er nach Anagnino in Toskana, als dort eben eine sehr gefährliche und pestartige Krankheit ausgebrochen war. Ohne Verzug bot er sich an,

den Kranken die niedrigsten Dienste zu erweisen. Ein gleiches tat er in Rom, wo er die Pestkranken ungefähr drei Jahre lang mit heidenmütiger Liebe und Aufopferung pflegte. Von hier begab er sich wieder an jene Orte, wo er vorher gewesen war. Überall nahm er die Sorge auf sich, den am meisten verlassenen Kranken zu dienen. In Piacenza, wo gleichfalls eine Art Seuche unter der Bevölkerung ausgebrochen war, war er es wieder, der sich der Wartung und Pflege der Kranken im Spital widmete.

Die großen Ueberlidewenungen und der Mchwachs, welche zu Anfang des dreizehnten Jahrhunderts ganz Schottland heimlich, hatten eine hässliche Hungersnot und vielerlei Krankheiten zur Folge. Die heilige Sedwig sorgte aus allen Kräften für die Unglücklichen, namentlich aber für die Ausgestoßenen.

In einem Hause vor der Stadt Neumarkt hatte sie mehrere ausstehende Frauen untergebracht, welche sonst auf freiem Felde und in Wäldern umherirrend erfranzungslos umgekommen wären. Sie pflegte ihnen wöchentlich einige Male Geld, Mehl, Lebensmittel und andere Gegenstände zu senden und betradete sie und behandelte sie alle als ihre geliebten Töchter. Obwohl sie selber oft krank und von so vielen Märdern war, überwand sie dennoch ihren natürlichen Widerwillen, hinkte vor den Kranken nieder und wusch und reinigte ihre überbedeckten Wunden.

Im Jahre 1803 wurde P. Damian Deuster als Missionar nach Ozeanien gesandt. Zehn Jahre später fand er auf einer der

werden. Trotz des Tarifvertrags, der dem Personal die persönliche Freiheit garantiert, ordnet die Hausverwaltung nach der Arbeitszeit den Abgang an. Ein Schlaßaal, worin 20 junge Mädchen schlafen, wird während der Nacht von einer frommen Diakonissin abgeschlossen und der Schlüssel abgezogen. Die Mutter eines jungen Mädchens wird durch die Oberin telefonisch herbeigerufen und beeinflusst, ihre Tochter zu überreden, aus dem „roten“ Verbände auszutreten. Als dem nicht stattgegeben wird, droht man mit Entlassung des jungen Mädchens. Mißhandlungen der jungen Mädchen durch die frommen Schwestern und Beschimpfungen durch die christlich Organisierten sind die Regel. Das weibliche Personal wird gezwungen, abends um 10 Uhr ins Bett zu gehen. Dem christlichen Verband wird erlaubt, im Hause Propaganda zu treiben. Es wird ferner gestattet, daß ein Vertreter der christlichen Gewerkschaft bei der Wahl des Arbeiterausschusses am Tisch der Wahlkommission Platz nimmt und die Wahl zu beeinflussen versucht. Personen, die nicht im Betriebe tätig sind, läßt man an der Wahl teilnehmen, um dem „roten Verbände“ den Sieg zu entwinden. Man fürchtet offenbar das Licht, das eine freie Gewerkschaft in die dunklen Winkel dieser frommen Hallen hineintragen wird.

Zum Schluß möge hier noch ein Schreiben Raum finden, das von der Leiterin genannter Anstalt an die Eltern einiger junger Mädchen verfaßt wurde. Der Zweck dieses Schreibens ist durchsichtig genug. Es braucht nicht näher charakterisiert zu werden.

Central-Diakonissenhaus Bethanien, Berlin SO. 28, den 16. August 1914. Geehrte Frau! Sie haben uns seinerzeit Ihre Tochter anvertraut und sie unserem Hause als Mädchen vermietet. Sie taten dies, weil Sie glaubten, daß Ihre Tochter in einem Diakonissenhause wohl aufgehoben und vor den Gefahren der Großstadt geschützt sei, und unsere Schwestern sind stets bemüht gewesen, sich der unserm Hause anvertrauten jungen Mädchen mütterlich anzunehmen und ihnen Bethanien heimatisch zu machen.

Nun schreibt der neue Tarifvertrag, den wir mit den Gewerkschaften, denen unsere Mädchen beitreten mußten, abzuschließen gezwungen waren, vor, daß jeder Arbeitnehmer, also auch die jungen Mädchen, über ihre dienstfreie Zeit völlig frei verfügen können, so daß sie jeden Abend und jede Nacht ausgehen können, wohin sie wollen. Hierin scheint uns für die zum Teil unerfahrenen jungen Mädchen eine große Gefahr zu liegen. Wenn Sie ebenso denken und wenn Ihnen daran liegt, daß Bethanien seine bewährte Aufgabe den jungen Mädchen gegenüber fernerhin erfüllt, so möchten wir Sie bitten, uns dazu zu ermächtigen, indem Sie uns schriftlich die Bitte aussprechen, über Ihre Tochter auch fernerhin zu wachen und uns ausdrücklich das Recht zu geben, ihr den Ausgang in der dienstfreien Zeit nur soweit zu gestatten, als wir es beantworten können. Selbstverständlich ist die Zustimmung zu diesem unserem Vorschlag Sache Ihrer völlig freien Entscheidung; wir glauben aber, Ihnen schuldig zu sein, Ihnen von der jetzigen Lage Mitteilung zu machen und bitten um möglichst baldige Antwort, wie wir uns nach Ihrem Wunsch Ihrer Tochter gegenüber verhalten sollen.

Mit freundlichem Gruß!

ge. Oberin Hildegard von Bethmann Hollweg.

Auch die Oberpfleger organisieren sich.

Am 5. September tagte eine Konferenz preussischer Oberpfleger im Lehrervereinshaus in Berlin. Sie war besetzt von 51 Delegierten aus allen preussischen Provinzen. Der Zweck war, eine Organisation für das Oberpflegepersonal zu schaffen. Das einleitende Referat hielt Crispian-Lauenburg i. B. Er führte u. a. aus: „Die soziale Stellung des Krankenpflegepersonals läßt viel zu wünschen übrig. Die Verwaltungsbehörden zeigen kein Interesse, den Beruf zu heben. Eingaben werden vielfach nicht beantwortet. Nur durch Organisation kommen wir weiter. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat bereits viel für das Pflegepersonal erreicht. Wir müssen auf gleichem Wege vorwärts zu kommen suchen. Der zu gründende Bund muß dem „Bund der mittleren Beamten“ angegliedert und das Oberpflegepersonal dieser Beamtengruppe (Assistenten, Sekretären) gleichgestellt werden. Dazu darf aber nicht allein das Schulzeugnis, sondern in erster Linie die Berufsausbildung ausschlaggebend sein. Der Redner trat für eine wöchentliche Freizeit von einem ganzen Tag und eimonatlichen Erholungsurlaub ein. Die einzig richtige Bezeichnung Oberpfleger und Oberpflegerin wünschte er konsequenterweise nach dem Beispiel einer sächsischen Anstalt in „Pflegervorsteher“ und „Pflegerinvorsteherin“ abgeändert zu sehen, obwohl die Titelsjägerie auch nach seiner Meinung aufhören soll. Dem untergebenen Pflegepersonal müsse mit Anstand und Kaltgefühl gegenübergetreten werden.

Nach ihm sprach der Vorsitzende des Berliner Oberpflegervereins Stindt: „Der Verein ist dem Arbeitsausschuß der Lehrer und Beamten angeschlossen, der jetzt im Kampfe um die Befordrungsreform steht. Die Berliner Oberpfleger sind mit den Sekretären gleichgestellt, die Beförderung wird voraussichtlich ebenfalls gleich sein. Der Verein hatte sich bereits vor dem Kriege an die Kollegen in der Provinz gewandt, um sie zum Anschluß zu bewegen und ihre Gehalts- und Dienstverhältnisse kennenzulernen. Damals kam eine ablehnende Antwort, weil die Oberpfleger Beamte seien. Um so erfreulicher ist jetzt die Beteiligung an der Konferenz. Wir wollen keine Ständevereine mehr, denn wir sind Arbeiter. Nur eine Gewerkschaft kann uns helfen. Die Urlaubsverhältnisse waren bei der Stadt Berlin früher so geregelt, daß bis zum 40. Lebensjahre 4 Wochen und dann 6 Wochen gewährt wurden. Später ist der erhöhte Urlaub von einem Gehalt von 3000 Mk. abhängig gemacht worden. Dadurch bleiben die Oberpflegerinnen von der erhöhten Urlaubszahlung ausgeschlossen. Es muß die Gleichstellung der Oberpflegerinnen mit den Oberpflegern im Gehalt verlangt werden. Denn beide haben gleich verantwortungsvollen Dienst. Bei der Pensionierung mußten die Kollegen oft 5 bis 7 Monate warten, bis sie in den Genuß des Ruhegehalts kamen. Der Verein hat durchgesetzt, daß jetzt das Gehalt bis zur Festsetzung des Ruhegehalts weiter gezahlt wird.

Merrens-Berlin trat ebenfalls für die Gründung eines Bundes auf gewerkschaftlicher Basis ein. Wenn das Pflegepersonal große Fortschritte in seinen Lohn- und Dienstverhältnissen gemacht

kleinen Sandwaidinseln, namens Molokai, eine nur aus Ausfägigen bestehende Bevölkerung (3000), welche die Regierung von Hawaii dorthin gesandt hatte. Er hat sich von seinen Oberen als eine besondere Gnade aus, die ihm auch erwährt wurde, die unglücklichen Opfer dieser unheilbaren und ekelhaften Krankheit nicht mehr verlassen zu müssen. Sechzehn Jahre lang, von 1873—1889, pflegte der unerschrockene Missionar unermüdet die Leiber, welche in Jänznis zerfielen. Seinen Verwandten und Freunden in Europa schrieb er, er fühle sich dabei so glücklich, daß keine menschliche Mühsicht ihn je bestimmen könnte, sich von seinen geliebten Kranken zu trennen. Es war ihm indes wohl bekannt, daß er seinen Liebesdienst mit seinem eigenen Leben werde bezahlen müssen. Vier Jahre vor seinem Tode zeigte sich die erste Neben, die Zeichen des Ausfages, auf seinem Gesicht; und von Monat zu Monat, von Woche zu Woche konnte er den Fortschritt des stets mehr um sich greifenden Uebels wahrnehmen.

In den holländischen Missionen von Surinam (Südamerika) finden wir einen anderen Märtyrer der Barmherzigkeit, es ist hier der holländische Mediziner P. Joh. Puffer († 1890). Seit dem Jahre 1866, also 24 Jahre lang litt er an dem Ausfage, und namentlich waren die letzten Monate seines Lebens überaus qualvoll. Man mußte ihm sämtliche Nerven abnehmen, mit jedem Tag griff die Krankheit an seinem Körper mehr um sich.

Diese eben hier angeführten Beispiele und andere mehr zeigen,

wer sich früher hauptsächlich der Krankenpflege widmete. Weltliche Personen haben dies in den früheren Jahrhunderten nicht getan. Es haben sich allerlei Klosterorden gebildet, welche die Pflüge der Kranken auf sich nahmen. Die Mitglieder dieser Klöster bekamen die Namen Schwestern und Brüder. Diese Schwestern und Brüder wurden dann in die Krankenhäuser geschickt. Der Krankendienst wurde von ihnen als ein ehrenvoller Beruf angesehen, erstens, weil man in demselben die hohe Tugend der Nächstenliebe in vollkommener Weise übt, zweitens, in den Kranken die erhabene Person des Gottmenschen bedient, drittens, als Ordensmitglied ein Gott gemachtes, heiliges Gelübde erfüllt. Auch wollte man als Barmherziger und Märtyrer sein Klosterleben richtig gestalten und in die Fußstapfen der Heiligen treten. Dies waren die Grundzüge, weshalb diese Schwestern und Brüder sich der Krankenpflege widmeten.

Da nun jetzt die Krankenpflege fast ausschließlich von weltlichen Personen ausgeführt wird und der Krankenpflegeberuf als Beruf und Erwerbberuf betrachtet werden muß, so sollen doch auch die Ordensbezeichnungen, wie Schwester und Bruder, den weltlichen Pflegepersonen gegenüber in Wegfall kommen.

Nur ein Name sollte festgesetzt werden, und zwar Krankenpflegerin und Krankenpfleger. G. Peder, Hamburg.

hat, so ist das nur seiner Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu verdanken. Besonders ist ihm zu danken, daß die Frage der Ausbildung in Flug gekommen und große Fortschritte gemacht hat, wie sich das jetzt in Berlin zeigt.

Fräulein Taubenhaus wünschte ebenfalls bessere Ausbildung. Gebe es doch selbst unter dem Oberpflegepersonal Leute, die keine Ausbildung genossen haben. Letzteres bestände auch ein anderer Redner. Dabei werde oftmals verlangt, daß der Oberpfleger den Arzt vertreten solle.

Die Bundesgründung auf gewerkschaftlicher Basis wurde einstimmig beschlossen. Die neue Organisation erhält den Namen „Bund der Oberpflegerschaft Preußens“. Man will vorerst versuchen, das Oberpflegepersonal innerhalb Preußens zu organisieren und später die Organisation über das ganze Reich ausdehnen. Ein Weg, der sicher falsch ist, weil er dem Partikularismus Verstand lichtet, den der Bund auch bekämpfen will. Denn ehe sich auf diese Art der Bund über das ganze Reich erstreckt, kann sich in jedem einzelnen Freistaat eine Sonderorganisation bilden. Und die durchaus notwendige Einheitsorganisation ist dahin.

In den Bundesvorstand wurden gewählt: Stindt-Beckin als 1. Vorsitzender, Jahnke-Berlin 2. Vorsitzender, Grischeu 1. Kassierer, Mertens 2. Kassierer, Plehn 1. Schriftführer, Dußliche 2. Schriftführer, außerdem 5 Beisitzer und 2 Revisoren. Als Bundesorgan soll vom Vorstand eine bereits bestehende Zeitschrift ausfindig gemacht werden, die Crispian-Kauenburg mit Berichten versehen soll. Dieser gehört als Bundeschriftwart gleichzeitig dem Vorstand an. Der Beitrag wurde vorläufig auf 2 Mk. pro Monat festgesetzt, wovon 1,25 Mk. der Hauptkasse zuzufügen und 75 Pf. den Filialkassen verbüßen sollen. Ein von Mertens entworfenes Statut soll vereinfacht und den Ortsgruppen zur Diskussion zugestellt werden. Der im nächsten Frühjahr in Hannover stattfindende Bundeskongress wird dann darüber Beschluß fassen. Der Statutenentwurf sieht u. a. vor Gemäßigtere Unternehmung, Rechtschutz und Güterlichkeitsverforgung.

Ein merkwürdiger Beschluß wurde zum Schluß noch gefaßt. Man will nur die Kollegenchaft der Staats-, Provinzial- und Kommunalanstalten organisieren und die Oberpfleger und Pflegerinnen der Privatanstalten von der Organisation ausschließen, weil man deren Verhältnisse nicht kennt!

Trotz der Freundschaft, die auf der Konferenz unserem Verband vielfach entgegengebracht wurde, zeigte es auch nicht an Angriffen auf ihn. Eine Oberpflegerin grüßte sogar von vornherein davor warnen zu müssen, die „Sanitätswarte“ etwa als Publikationsorgan des Bundes zu benutzen, wobei sie von einem Delegierten aus Chemnitz unterstützt wurde. Als sie Kennner, der als Gast an den Verhandlungen teilnahm, wies diese Angriffe zurück. Er empfahl dem Bunde, mit seiner Organisation in Fühlung zu treten, weil beide Verbände gemeinschaftliche Interessen vertreten. Ein freundschaftliches Verhältnis anzustreben wurde von dem Bundesvorsitzenden auch zugesagt.

Wir möchten daran erinnern, daß in Berlin bereits jahrelang vor dem Kriege eine Oberpflegersktion in unserem Verbands bestand, die die spezielleren Fach- und Berufsinteressen dieser Kollegenchaft wahrnehmen sollte. Diese Sektion wäre auch jetzt sehr wohl in der Lage, den berechtigten wirtschaftlichen und fachlichen Interessen der Oberpfleger usw. nachzugehen. Wir halten diesen Weg für viel erspürlicher, wie die Gründung eines besonderen Verbandes für Preußen. Das gesamte Pflegepersonal gehört zusammen in unseren Verband und unter den 35 000 Kollegen und Kolleginnen dieser Sektion befinden sich bereits sehr viele Oberpfleger und sonst hervorragend qualifizierte Kräfte. Wir möchten auch den Gedanken nicht aufgeben, daß die Konferenzteilnehmer sich dem Grundgedanken der modernen Organisation nicht dauernd verschließen und mit uns gemeinsam in unserem Verband ihre wirtschaftlichen und geistigen Interessen wahrnehmen.

Die Haut des Menschen.

Die äußere Haut bildet die Abgrenzung des tierischen und menschlichen Körpers gegen die Außenwelt; sie besteht aus einer gefäßreichen Lederhaut und der bindegewebigen Haut mit Gefäßen und Nerven. Die Dicke der letzteren beträgt beim erwachsenen Europäer an den meisten Körperstellen zwischen 1,5 und 2 Millimeter. Am dicksten ist sie am Rücken und am Gesäß, am dünnsten an den Augenlidern, den Lippen, am äußeren Gehörgang, der

Vorbaut usw. An der bindegewebigen Haut ist als tiefste Lage das Unterhautbindegewebe zu unterscheiden, das sich aus lockeren Bindegewebebündeln zusammensetzt, die mehr oder weniger Zellgewebe umschließen. Darüber liegt das dicke Geflecht der Lederhaut. deren Oberfläche ist mit mikroskopisch kleinen Zellen oder kegelförmigen, teils einfachen, teils zusammengesetzten Fortsätzen besetzt, den Papillen. Sie sind die eigentlichen Tastorgane. Dort, wo das feinste Empfindungsvermögen besteht, sind sie am besten ausgebildet und am dichtesten. In der Lederhaut liegen die Schweiß- und Talgdrüsen. Die Oberhaut oder Epidermis besteht aus einer sogenannten Keim- und einer Hornschicht. Diese besteht aus Schüppchen, welche als verholzte mit Hornsubstanz durchdrungene Zellen zu betrachten sind. Die Hornschichtschuppen fallen beständig ab und werden durch neue ersetzt.

In der Haut endigen die Sinnesnerven und zwar in mattkeifigen Körperchen, die auch mit freiem Auge erkennbar sind (Vater-Pacini'sche Körperchen). Der größte Teil der Nerven gelangt in die Papillen der Lederhaut, welche besonders an der Oberfläche der inneren Handfläche und der Fußsohle die Grundlage für die schlingen- und wärtschlingigen Papillen bilden; ein anderer Teil der Nerven geht entweder zu den Papillen der Oberhaut oder endigt frei in dieser. Die nervösen Elemente der Haut vermitteln Tact-, Wärme-, Kälte- und Schmerzempfindung; jede solche Empfindung ist an bestimmte Stellen gebunden, aber an manchen Punkten können sie alle zusammen.

Von Hautdrüsen sind die Schweiß-, Ohrschmalz-, Talg- und Milchdrüsen zu nennen. Die Schweißdrüsen, wichtige Organe der Wärmeregulierung, sind an verschiedenen Hautstellen ungleich zahlreich vorhanden. Sie liegen in der Lederhaut. Jede dieser Drüsen besteht aus einem knäuelartig aufgewundenen Schlauch, der die Haut als Schweißpore durchbohrt. Ein Netz von Bluthaaraesäßen umgibt die Schweißdrüse; diese Blutgefäße lassen durch ihre Wände Teile der aufgenommenen Flüssigkeit hindurchtreten, die in die Drüsenzellen gelangt, welche davon das zu ihrem Aufbau nötige entnehmen und leberfähiges als Schweiß abgeben. In der Haut des äußeren Gehörganges sondern den Schweißdrüsen ganz ähnlich gebildete Drüsen vorzüglich Fett und gelben Farbstoff ab; das sind die Ohrschmalzdrüsen. Die Schweißdrüsen selbst entwickeln wenig Fett, das hauptsächlich durch die Talgdrüsen geliefert wird.

Solange die Schweißabsonderung nicht außergewöhnlich stark ist, verdunstet die ausgeschiedene Flüssigkeit an der Hautoberfläche, ohne daß diese feucht wird. Wenn jedoch infolge härterer Zufuhr von Blut an die Körperoberfläche, die bei hoher Augentemperatur eintritt, die Schweißabsonderung stark wird, oder wenn die Verdunstung des Schweißes verhindert wird, so tritt der Schweiß in Form kleiner Tropfen aus. Er ist eine farblose Flüssigkeit mit ganz wenig festen Bestandteilen. Der Mensch scheidet etwa 40 Proz. des Wassers durch die Haut aus, dagegen 60 Proz. durch den Harn. Jedenfalls ist die Tätigkeit der Schweißdrüsen nicht zu unterschätzen. Zwischen Niere und Schweißdrüsen besteht übrigens auch eine Art Wechselwirkung, indem nämlich bei starker Schweißabsonderung die Urinabsonderung verringert ist.

Mit der Absonderung von Schweiß und Hauttalg, besonders der Drüsen in den Achselhöhlen und an den Geschlechtsorganen, hängt der Körpergeruch zusammen, der bei den einzelnen Menschen verschieden ist und auch rasenmäßige Besonderheiten aufweist (wie der Neger- und Japanergeruch).

Die Farbenunterschiede der Haut beruhen auf der Menge des Farbstoffes, den die Haut enthält, vor allem die Oberhaut. Der Melanin- oder Hautfarbstoff ist bei den einzelnen Menschen verschieden, während keine Verschiedenheit bei allen Rassen die gleiche ist. In der schwachgefärbten Europäerhaut liegen nur wenige Farbstoffkörner in den tiefsten Zellen der Keimschicht der Oberhaut; bei dunkleren Rassen, wie den Negern, den indischen Draviden, den Melanoniern auf den westlichen Inseln des Stillen Ozeans usw., sind alle Zellen der Keimschicht stark mit Farbstoff angefüllt. Bei dunkelgefärbten Rassen und an den stärker gefärbten Körperstellen der Europäer sind auch in den Zellen der Lederhaut noch reichlich Farbstoffkörner angehängt.

Die fahlweiße Haut des Europäers an den bedeckten Körperstellen ist zum Teil durch die Bedeckung selbst bedingt, nämlich durch den Ausschluß des Lichtes. Ein nachgebender Nordländer würde eine viel dunklere Haut haben, als ein hellerer. Die Wirkung von Luft- und Sonnenbädern zeigen uns das deutlich.

Das Nachdunkeln der Hautfarbe im Sonnenlicht ist beim Europäer am meisten ausgeprägt und bei ihm entstehen auch in viel höherem Grade Sommerprossen als bei dunklen Rassen. Die Haut des Europäers ist im allgemeinen gegen Belichtung am empfindlichsten. Die dunkelhäutigen Rassen zeigen jedoch unter dem Einfluß der Sonnenbestrahlung ebenfalls eine mehr oder weniger weitgehende Farbstoffvermehrung. Chinesische und japanische Fischer, Träger usw., die im Freien arbeiten, sind viel dunkler als ihre vorwiegend in geschlossenen Räumen lebenden Reisegenosse. Die gelbbraunen und gelbgrünen Lehmtonde der Indianerhaut können durch Licht und Luft in tiefes Braunrot verwandelt werden. Selbst Neger dunkeln nach, wenn sie sich lange in einem außergewöhnlich sonnigen und trockenen Klima aufhalten. Die Hautfarbstoffbildung verläuft man als einen unter dem Einfluß des Sonnenlichtes vor sich gehenden Schutz des Körpers betrachten. Allerdings ist dieser Farbstoff nicht ein Schutz gegen Wärmebestrahlung, wie man früher glaubte, sondern gegen die blauen und ultravioletten Lichtstrahlen, unter deren Einwirkung der farblose Europäer in den Tropen ungleich mehr zu leiden hat, als der starkgefärbte Eingeborene. Der Hautfarbstoff besitzt ein großes Absorptionsvermögen für Licht und die Lichtstrahlen werden von der stärker gefärbten Haut in Wärme umgewandelt. Darum erwärmt sich die Haut der Farbigen im unmittelbaren Sonnenschein um einige Grad mehr als die Europäerhaut. Aus demselben Grund aber fehlen Hautentzündungen bei den dunkelhaarigen Rassen, denn es sind eben die ultravioletten Strahlen des Lichts, die solche beim Europäer erzeugen. Die dunkle Hautfarbe der Tropenbewohner begünstigt nicht bloß die Erwärmung, sondern auch die Rückstrahlung von Wärme und die Verdunstung der Körperflüssigkeit; durch letzteres wird starke Verdunstungskälte erzeugt und es fühlt sich deshalb die Haut des Negers oder Malaien um so kühler an, je heißer die Sonne brennt.

Aus unserer Bewegung

Bad Nauheim. Zwischen der Bade- und Kurverwaltung und uns im Verband ist für das Personal der Bade- und Kurverwaltung und dem beizuhaltenden Personal in Bad Nauheim ein Tarifvertrag abzuschließen, der im wesentlichen die Bestimmungen enthält, die in den Richtlinien mit dem deutschen Städteverband festgelegt wurden. Die Arbeitszeit beträgt am Sonnabend 7 Stunden. Es werden aber 8 Stunden bezahlt. Die Löhne betragen in Klasse 1: Jugendliche von 14-17 Jahren, Brunnens- und Parkwachen, Lawn-Tennis- und Golfjungen: 40-60 Rfg. pro Stunde. Klasse 2: Parkarbeiter, Disarbeiter, Badewärter, Kurhausdiener, Spielwarte, Grabarbeiter: 1 Rfl. bis 1,20 Rfl. Klasse 3: Heizer, Schlichter, Wäschereiarbeiter, Manufaktur, Stundwarter, und angelernte Arbeiter: 1,20-1,40 Rfl. Klasse 4: Gelehrte Arbeiter: 1,40-1,60 Rfl. Klasse 5: Wäschfrauen, Kurhausfrauen, Frauen der Wäscherei, Frauen des Badabankens, Kurhausfrauen, Arbeiterinnen, Barmstättinnen: 0,50-1,00 Rfl. Klasse 6: Kassierer und Kassierinnen im Kurhausbetrieb: Anfangslohn 1,20-1,50 Rfl. Die Steigerung erfolgt jährlich um 5 Rfg. pro Stunde. Die Dienstjahre kommen in Anrechnung. Die Lohnzahlung erfolgt 14tägig. Der Tarifvertrag gilt vom 1. Januar 1913 bis 31. März 1920.

Frankfurt a. M. In der Versammlung des Krankenhauspersonals am 28. August referierte Kollege Schneider über den Verhandlungsstand, wobei er auch den Auftrag der Gewerkschaften im einzelnen und des Wahren unserer Sektion durch eindrucksvolle Zahlen zum Ausdruck brachte. Ein Arbeitsprogramm, in dem allmonatlich bestehende Vorstände vorgesehen sind, in dem aber auch der unterhaltende Teil auf seine Rechnung kommt, soll ausgearbeitet und der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Da hier über 1000 Verbandskollegen in den Krankenhäusern beschäftigt sind, wurde aus dem Munde dieser eine Sektionsleitung gewählt, die aus folgenden Kollegen besteht: 1. Vorsitzender Kollege Decker, 2. Vorsitzender Kollege Dill, Schriftführerin Schwester Stab. Alle Anwesenden waren der Meinung, daß jetzt noch mehr als bisher gearbeitet werden müsse, um auch den letzten Kollegen und die letzte Kollegin mit dem Verband anzuschließen.

Münster. In der großbesuchten Versammlung des Anstaltspersonals am 28. August erhaltete der Vorsitzende Bericht über die Arbeitsausführungen vom 26. August in Augsburg. Auf Drängen des gesamten schwäbischen Anstaltspersonals wurde diese Sitzung vom Anstaltspräsidenten einberufen. Das Personal wollte endlich zu den Tarifverhandlungen kommen, um auch einen der heutigen Forderungen angemessenen Lohn zu erhalten. Inzwischen war aber ein Termin zu Verhandlungen für ganz Bayern auf den 6. September anberaumt, deshalb wurde der Tarifvertrag nicht

beraten. Da wir aber annehmen mußten, daß die Regelung noch geraume Zeit dauern wird, so stellten wir den Antrag, daß eine provisorische Gehaltsregelung vorgenommen werde. Mit diesem Vorschlag konnten wir uns mit dem Kreisvertreter nicht einigen, da von dort eine prozentuale Aufbesserung vorgeschlagen wurde. Nach sechsständiger Verhandlung, in welcher Kreisleiter Weigl alles dran setzte, um einigermachen zu holen was zu holen war, nahmen wir, mit der Erklärung, daß wir mit diesem Erreichten nicht zufrieden sein können, folgende Regelung an: Das gesamte Pflegepersonal und die Handwerker erhalten ab 1. April 1913 die ganzen staatlichen Feuerungszulagen: Beherbergt 1800 Rfl., Ledige 1410 Rfl., desgleichen erhalten auch die Pflegerinnen 1410 Rfl. Haus-, Küchen-, Wasch- und sonstiges Dienstpersonal erhalten monatlich 100 Rfl. Feuerungszulage. Dasjenige Personal, welches Anspruch auf Verpflegung II. Klasse hat, erhält dafür, wenn es außer Kost ist 730 Rfl. vergütet. Bei der Diskussion äußerte das Personal, daß es mit der Daltung der Delegation einverstanden sei; aber nicht verzichten könne in Pader eine bessere Regelung ihrer Gehalts- und Dienstverhältnisse zu erhalten. Kritisiert wurde, daß das Haus- und andere Personal 20 Rfl. weniger im Monat erhalten soll, wie das Pflegepersonal. Viele Pflegerinnen beklagten sich über die Oberpflegerin. Wenn auch niemand vorerlaubt, daß immer Ordnung im Dienst sein muß, so glaubt aber das Personal, daß diese auch durch eine freundlichere Behandlung durch die Oberpflegerin zu erreichen ist.

Leipzig. Einen achtunggebietenden Erfolg hat das Pflege-, Haus- und Küchenpersonal der hiesigen Krankenhäuser bei der Neueinrichtung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Wir lassen eine Uebersicht über die bisherigen und jetzigen Löhne folgen und hoffen, daß die uns noch fernstehenden Kreise des Pflegepersonals die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen, daß sie endlich einmal erkennen, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist. Löhne für Oberpflegerinnen pro Monat: Bisher: Anfangslohn 90 Rfl., steigend jedes Jahr um 4 Rfl. bis 115 Rfl. nach 6 Jahren. Jetzt: Anfangslohn 135 Rfl., steigend pro Jahr um 15 Rfl. bis 195 Rfl. nach 6 Jahren. Steigerung 115 Proz. bis 144 Proz. gegen die bisher gezahlten Löhne. Löhne für Wärterinnen und Pflegerinnen pro Monat: Bisher: Anfangslohn 30 Rfl., steigend jedes Jahr um 3 Rfl. bis 54 Rfl. nach 9 Jahren. Jetzt: Anfangslohn 130 Rfl., steigend jedes Jahr um 10 Rfl. bis 170 Rfl. nach 6 Jahren. Steigerung 333 Proz. bei dem Anfangslohn und 215 Proz. bei dem Höchstlohn. Löhne für Haus- und Küchenpersonal dreistufig. Bisher: 36 bis 45 Rfl. pro Monat. Jetzt: 130 Rfl. pro Monat. Steigerung gegen den bisherigen Anfangslohn 261 Proz., gegen den bisherigen Höchstlohn 189 Proz. Diesen Erfolg zu erzielen war nur möglich, weil sich die gesamte organisierte hiesige Arbeiterschaft mit dem Personal der Krankenhäuser solidarisch erklärt hatte. Wir hoffen, daß dieser Beweis des Solidaritätsgedankens auch die uns noch fernstehenden Anstaltskollegen zu der Erkenntnis bringen wird, daß die Einigkeit der Arbeiterschaft allein es ist, die dem Proletariat derartige Verbesserungen seiner Lebenshaltung ermöglichen kann. Für die uns noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen in den hiesigen und staatlichen Krankenhäusern kann es deshalb nur eine Parole geben: Einem in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Stralsund. Nach längerer Verzögerung ist es endlich gelungen, auch für das Personal der Heilanstalt Stralsund den Achtstundentag einzuführen. Zu verdanken ist diese Tatsache nur der Organisation und dem geschlossenen Vorgehen der Kollegen. Bei den Kolleginnen war eine winzige Mehrheit bereit, auf Zureden der Direktion diesen Vorteil um 10 Rfl. pro Monat zu verschandern. Leider gehörte genannte Minderheit gerade den allerersten Kolleginnen an. Die Mehrzahl hat aber gezeigt, daß sie Vertrauen zur Organisation hat. Freilich versuchte die Direktion auch jetzt noch eine Beschränkung der Freizeit der Pflegerinnen vorzunehmen, indem ihnen nur erlaubt war, bis 11 Uhr ebends auszuweichen. Also auch hier wieder eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie man sie Kindern gegenüber anwendet. Mit besonderer Vorformlichkeit durfte also die Kollegin wie auch ebend die unbetreuten Kollegen nicht rechnen; z. B. durfte plötzlich der Besuch von Angehörigen nicht Grund einer Urlaubsberechnung sein. Im Hintergrunde lauerte ein Beweis und im Wiederholungsfall eine Geldstrafe, welche entprechend der allgemeinen Forderung von 3 Rfl. auf 10 Rfl. heraufgeschraubt worden war, wie jetzt erst zur Kenntnis der Kollegen vom Arbeitsauswahlsam kam. Der Direktor erklärte allerdings, in vorerwähnten Fällen gern bereit zu sein, längeren Urlaub zu gewähren, auch wären die vorgelegten Urlaubsbücher anstandslos unterzeichnet worden. Trotzdem sind Fälle vorgekommen, wo das Personal mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Ohne weitere Verhandlung wurde am 12. August der Direktion eine Urlaubsliste vorgelegt, welche keine Beschränkung der Freizeit der Kolleginnen vorläßt. Erwähnt wurden die Verhandlungen mit der Direktion immer wieder durch die zögernde Menschlichkeit eines Teiles der Kolleginnen, wodurch sie erst anderthalb Monate nach den Kollegen in den Genuß des Achtstundentages kamen. Das männliche Personal begann am 10. Juni damit, das weibliche erst am

4. August. Zur Einführung gelangte das Zweischichtsystem, weil am einfachsten und Personal ersparend. Die Wache tritt abends um 10 Uhr an, bleibt bis früh 6 Uhr im Dienst und wechselt alle 14 Tage am Montag. Die Schichtenteilung ist folgende: 1. Schicht. Von Montag mittag 1 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann Bereitschaftsdienst, d. h. schläft auf der Anstalt, um vorkommenden Fällen eingzugreifen. Von 6 Uhr früh bis mittags 1 Uhr. 2. Schicht. Von Dienstag mittag 1 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann Bereitschaftsdienst. Von früh 6 Uhr bis mittags 1 Uhr. 1. Schicht. Von Mittwoch mittag 1 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann Bereitschaftsdienst. Von früh 6 Uhr bis mittags 1 Uhr. 2. Schicht. Von Donnerstag mittag 1 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann Bereitschaftsdienst. Von früh 6 Uhr bis mittags 1 Uhr. 1. Schicht. Von Freitag mittag 1 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann Bereitschaftsdienst. Von früh 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. 2. Schicht. Von Samstag nachmittags 4 Uhr bis Montag früh 7 Uhr Sonntagsdienst. 1. Schicht. Von Montag früh bis mittags 1 Uhr. 2. Schicht. Von Montag mittag 1 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann Bereitschaftsdienst. Von früh 6 Uhr bis mittags 1 Uhr.

Von Montag früh 7 Uhr bis mittag ist eine Bereitschafts-; hier vollzieht sich der Wochenwechsel, damit z. B. Schicht 1 auf einen Dienstonntag in einen darauffolgenden Freitagsdienst tritt und umgekehrt. Eine Nachmittags- mit darauffolgender Vormittagsdienst ist mit einer dazwischenliegenden Bereitschaftsdienstschicht zusammengelegt, um unnützes Hin- und Hergehen von der Stadt bzw. Wohnung zur Dienststelle und umgekehrt zu vermeiden. Die Vormittags-; schicht hat allerdings nur 7 Stunden, wird aber ausgeglichen durch die neunstündige Nachmittagsdienstschicht. In der Woche würden 55 1/2 Dienststunden geleistet werden mit Einschluß der Essenspausen. Die Pfleger in den Werkstätten haben Dienst von morgens 1/2 bis 1/2 Uhr. Dann von nachmittags 1 bis abends 1/2 Uhr. An Sonn- und Festtagen haben sie dienstfrei. Waschküchen. 1. Schicht von morgens 6 bis mittags 1/2 Uhr. Eine Woche lang. 2. Schicht von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr. 1 Stunde Mittagspause, eine halbe Stunde Kaffeepause. Ebenfalls eine Woche lang. Verwaltungsbau. Hauswart: von 6 Uhr früh bis mittags 12 Uhr. Eine Woche lang. Telefonistin: von 2 Uhr mittags bis abends 10 Uhr. Ebenfalls eine Woche lang. Kochküche. 1. Schicht. Von morgens 6 Uhr bis mittags 2 Uhr. Zweimal eine halbe Stunde Pause. 2. Schicht von 10 Uhr vormittags bis abends 7 Uhr. Dreimal eine halbe Stunde Pause. Hierbei ist es möglich, daß mittags sämtliches Kochschichtpersonal zum Dienst da ist. Waschküche. Von morgens 1/2 Uhr bis abends 1/2 Uhr. Dazwischen die Essenspausen. Abwechselnd einen halben Tag in der Woche frei. Diese Dienstregelung ist im Einverständnis mit dem Waschküchenpersonal erfolgt.

Erwache bei Schweinfurt. Auch in unserer bisher schwarzen Domäne hat nun der Geist der neuen Zeit seinen Einzug gehalten. Am 2. September fanden sich die Kollegen der Kreisreinerhaltung zusammen, um eine Filiale unseres Verbandes zu gründen. Nach einleitenden Worten des Kollegen Herzog-Schweinfurt traten sofort aus dem bisherigen dienstlichen Verbande 34 Kollegen zu unserer Organisation über. An uns liegt es nun, fleißig zu arbeiten und zu agitieren. Ein gutes Feld ist zu bearbeiten, sind doch in der Kreisreinerhaltung Werner etwa 50 Pfleger und ebenfalls Pflegerinnen beschäftigt, die bisher ein trauriges Leben durch schlechte Bezahlung führten. Der christliche Verband ist, soweit wie nichts, wir haben deshalb die feste Zuversicht, daß in kürzester Zeit die noch fernstehenden Kollegen unserer Beiräte folgen werden. Am Schlusse der Versammlung sprachen dann noch die Kollegen Freund und Söllner einige kräftige Worte, mögen sie Beherzigung finden mit dem Wunsche: Die neue Zeit, sie ist genahrt; Männer und Frauen, nun auf zur Tat! Reicht euch die Hände zum Arbeitsbünd, denn es töne vom Erdenrund: Erwache, Volk, erwache!"

• Rundschau •

Friedemanns Tuberkulose-Heilmittel. Die moderne Wissenschaft sucht nach Mitteln, die die Abwehrkräfte des menschlichen Körpers gegen die Erreger der Infektionskrankheiten fördern. Bei einigen Infektionskrankheiten ist das auch teilweise oder ganz gelungen. So wissen wir, daß die Erreger der Choleraerkrankung des Kindes beim Menschen eine ganz leichte, beinahe gefahrlose Infektion verursachen, allerdings die Abwehrkräfte im menschlichen Körper darauf verlernen, daß eine Infektion mit dem edlen Vorkommen nur selten erfolgt. Ähnlich verhalten die bisher entdeckten Schutz- und Heilmittel der Tollwut, der Diphtherie, des Typhus, der Cholera usw. Gegen die Tuberkulose, die verbreitetste aller Krankheiten, war ein solches Heil- und Schutzmittel bisher nicht gefunden. Robert Koch glaubte es zwar in dem Tuberkulin gefunden zu haben. Die hohen Erwartungen, die die Welt seit bald drei Jahrzehnten in Kochs Tuberkulin hegte, haben sich aber leider nicht er-

füllt, obwohl dem Tuberkulin in manchen Fällen eine spezifische Wirkung nicht abzuspüren ist. Man mußte sich darauf beschränken, den kranken Körper durch gute Ernährung, verbesserte hygienische Lebensbedingungen, Aufenthalt in reiner Gebirgsluft usw. zu kräftigen zu versuchen, um dadurch die natürlichen Abwehrkräfte des Körpers in ihrer Entwicklung zu fördern. Daneben machte man sich die wohlthätige Wirkung der Sonnenstrahlen und zahlreiche Medikamente zur Bekämpfung der Krankheitssymptome nutzbar. Leider war damit nur selten eine tatsächliche Besserung, meist nur eine vorübergehende Besserung des Leidens zu erreichen. Die Kriegsjahre mit ihrem Niedergang aller wirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Errungenschaften haben vollends alle Erfolge der bisherigen fast matten Tuberkulosebekämpfung über den Haufen geworfen. Die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose ist heute größer als je zuvor. Neben der unbedingten Notwendigkeit einer großzügigen Sozial- und Bevölkerungspolitik gilt es damit als erwiesen, daß die bisher bekannten Heilmittel gegen die Volksleide unzureichend sind. Im Jahre 1902 entdeckte Friedemann nach mehrjährigen Tuberkuloseforschungen ein Tuberkuloseheilmittel bei einer Säule. Bei Versuchen an Hunderten von Tieren, darunter an den für Tuberkulose besonders empfänglichen, den Meerschweinchen, stellte er fest, daß Tuberkulose bei den Säulen in Warmblütern nicht fortkommen. 1909, also schon vor zehn Jahren, hatte er sein aus lebenden Säulenherdantuberkulose hergestelltes Mittel soweit durchgearbeitet und ausprobiert, daß er zu dessen Anwendung am Menschen übergehen konnte. Um die Unschädlichkeit des neuen Heilmittels zu demonstrieren, spritzte er sich zuerst eine Ladung in den eigenen Körper. — er lebt heute noch in voller Gesundheit. Ende 1912, nachdem das Mittel von Friedemann und anderen Ärzten bei mehr als tausend Kranken angewandt und die Unschädlichkeit und ausgezeichnete Heil- und Schutzwirkung erwiesen war, gab Friedemann das Heilmittel seiner Forschungen in einem Vortrag vor Ärzten bekannt. Bald darauf geschah das Unglaubliche. Das neue Heilmittel wurde ohne die gewissermaßen Nachprüfung, auf die der Entdecker nach den erzielten Erfolgen unbedingt Anspruch hatte, von einigen sogenannten Autoritäten der Tuberkulosebehandlung abgelehnt und als schädlich, ja sogar lebensgefährlich verurteilt. Die schädlich nicht ausreichenden großen Heilerfolge wurden zu verdächtigem Verdacht. Friedemann wurde nicht nur lächlich, sondern auch persönlich in schweichel Weise angegriffen und verleumdete. Der frühere Chef der preussischen Medizinverwaltung Geheimrat Nirdner ging — ohne sich jemals über die tatsächliche Wirkung durch Nachuntersuchung und Nachuntersuchung von dem nun behandelten Kranken zu überzeugen — soweit, daß er ein amtliches Gutachten des Salzburger Gründers Prof. Gieseler über die Unschädlichkeit des Mittels einfach ungedruckt und in die Archive des Kultusministeriums legen ließ. Unter den schädligen Gegnern Friedemanns ist es jetzt sehr still geworden, nachdem seit Anfang 1918 in der medizinischen Fachpresse zahlreiche Veröffentlichungen hervorragender Fachautoritäten erschienen sind, die nach mehrjährigen Beobachtungen ihrer Patienten über die wertvolle Heilwirkung durch das Mittel berichteten. Eine Enttarnung genügt in den meisten Fällen, um eine Stellung herbeizuführen. In der medizinischen Literatur der letzten Jahre wird neben einhelliger der vollen Bekämpfung des Mittels anerkannt. Vielen Kranken ist es Gesundheit gebracht. Als Heilmittel können nach den bisherigen Beobachtungen alle Formen der Tuberkulose angesehen werden, ausgenommen natürlich alte schwere Leiden, die bereits zu unumkehrbaren Veränderungen einzelner Organe geführt haben und der gleichwärtigen Mortalität mehr die Abwehrkräfte produzierten kann. Friedemann ist nunmehr zum außerordentlichen Professor mit einem Lehrauftrag für Tuberkuloseforschung und Bekämpfung der Tuberkulose ernannt worden. Damit ist wohl ein erster Schritt getan, aber dem Willen der Tuberkulosekranken noch wenig genügen. Nicht nur schnelle Erreichung eines Heilmittels, das mit ausreichenden Mitteln ausstattet, Studierenden und Ärzten die bisherigen Forschungsverhältnisse Friedemanns übermitteln, ist unbedingt notwendig. Vor allem muß die Möglichkeit gegeben werden, auch die Kranken mit dem Mittel bekämpfen zu können und zu behandeln. Wenn man erfährt, daß nach vorliegenden Beobachtungen in Deutschland jetzt beinahe 300.000 Menschen jährlich an Tuberkulose sterben und daß diese Zahl stetig wächst, darf man erwarten, daß nichts unternommen wird, um die schweren Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs beim deutschen Volke zu mindern und eine solche endliche Wirkung zu bekämpfen, die ihre Opfer vorwiegend in dem arbeitenden und erschöpften Proletariat findet.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die Krebskrankheiten. Ihre Erkennung und Bekämpfung. Auf Grund wissenschaftlicher Forschungen gemeinverständlich dargestellt von Professor Dr. R. Wilmshausen. Mit 18 Abbildungen. Preis 2 Mk. Verlag von Otto Zolle in Berlin W. 57.

Beilage zu Zeitschrift des Verbandes der Kreisreinerhaltung und Kreisreinerhaltung in der Provinz Sachsen, Nr. 1, 1918, Berlin W. 57, S. 1-10. Verlag: Dr. Wilmshausen, Berlin W. 57, S. 1-10.